

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Gebäcker, Backwaren-Helferinnen und der Zuckerwaren-, Süßwaren- und Kaffeebrenner

Verbandsmitglied: erhält das Blatt unentgeltlich. Abonnementspreis pro Quartal M. 2.

Redaktion: jeden Donnerstag, 10 Uhr. Redaktionsschluss: Montag, morgen 10 Uhr.

Insertionspreis: pro dreizehntägiger Peltzelle: 50 Pfg., für die Zeilen 30 Pfg.

Auf zur Winterarbeit!

Seit langen bangen Monaten schreiet der unerbittliche Schicksal über blutgetriebene Schlachtfelder. Und auch in der Natur hat wieder einmal das große Sterben begonnen. Wohl raste die Ernte gut verpackt in Scheuern und Kellern, aber rauhe Winde durchfegen Feld und Wald. Pflanzende wehnt letzte saftige Blätter zur Erde, toller Strohregen und häufig jagenden Wölfen fällt die noch vor frischem so schöne Herbstlandschaft in ein graues, trostloses Gewand. Viele Arbeitsschweren hauen in den Tälern und wägen sich an dem Bergabhängen empor. Der Geist der schweren Zeit, in der wir leben, teilt sich auch der Natur mit. Es geht dem Winter entgegen.

Wahrscheinlich die Zeiten sind schwer. Demnach hält der Tod reiche Ernte. Und denen im Lande wird das Leben durch die stetig sich steigende Mangelnot nicht leicht gemacht. Die Wälder kämpfen gegen ihre Feinde dort draußen und im Innern des Landes. Der innere Feind ist das Hungergeschick, das sich gleich einem Kampf um Volk und Leben festhält und nicht nachläßt seiner wölkchen Sättigung. Schmerz fällt es, sich dieses Feindes im eigenen Lande zu erwehren. Es gelingt nur, ihm die Fänge in ungenügender Weise zu beschneiden. Energievolle durchgreifende Maßnahmen gegen sein Wüten mit Hilfe der Staatsmacht werden aus mancherlei Gründen nicht unternommen.

Doch darüber wollen wir in diesem Artikel nicht rechten. Wir wollen auch heute keine Abgeliebten aufstimmen über all das Leid, die Trauer und Not, die diese schwere Zeit dem Menschen bringt. Nein, wir wollen uns heute vielmehr schichten und unsern Blick der Zukunft zuwenden, der Zukunft, die normal und bessere Zeiten in ihrem Schoß birgt und heran ist, uns mehr Glück zu verhelfen als die rauhe Gegenwart. Und was liegt da näher, als sich der Gewerkschaft zu erinnern, unserer Gewerkschaft, die berufen ist, als wichtiger Faktor im künftigen wirtschaftlichen Leben ihre ihr zufallende bedeutende Rolle durchzuführen. Dies zu ermöglichen, ist jedoch eine wackelige Arbeit, deren Erfüllung nötig. Diese zu treffen aber, ist Aufgabe jedes einzelnen, der von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Tätigkeit überzeugt ist.

Diese Tage liegen hinter uns. Im Anfang dieses unerbittlichen Weltkrieges lag es ja aus, als ob eine Reihe von Gewerkschaften unter der Macht der Gewissheit, vor allem der schmerzhaft herangebrachten Wirtschaftskrise zu sammelndem werde. Doch bald kam der günstige Umschwung. Es fand sich vermehrt Arbeitsgelegenheit, diese erweiterte neuen Mut, neue Zukunftshoffnung. Die Gewerkschaften festeten sich auch, überwand die Krise, verhielten sich in alle Hinsicht der Kriegsvorbereitung, suchten nach allen Richtungen hin die angreifende Not zu dämpfen. Heute geht in fast jeder Gewerkschaft wieder alles seinen alten Gang. Nur die bedeutendsten Mitgliedern verraten das drängen auf den schicksalhaften sich abspielende gigantische Weltbrand. Und aber fällt überall ein harter Stamm von Mitgliedern. Es sonnen der Organisation hoch. Und die Statistik sagt es, das bereits wieder ein bescheidener Zutritt zu den Verbänden vor sich geht. Neue Kämpfer werden gewonnen. Manche der früher abkömmlich Geworbenen leben den besonnenen Jüngern ein, kommen zur Selbstbestimmung und treten wieder in Arbeit und Glück. Nicht zum wenigsten verankert sich unsere alten Genarrungen in Wort und Schrift. Diese Umschwung müssen wir anerkennen. Mit erneuter Kraft müssen wir für das Wachsen und Gedeihen der Gewerkschaftsorganisation eintreten.

Das große Kriegswunder, die demgegenüber schlug die Gewerkschaft in seiner schönsten Form und ließ sie andere nationalen Dinge wenig Raum und Zeit. Denn kam die Zeit der Not und hatte den Arbeitern immer wieder, das sie sich

für ihre höher gewerkschaftlichen Zukunftsaufgaben nach dem Kriege rüsten müssen. Das ist die Gewerkschaft stärker und der Arbeiter im Felde zeigen müssen, daß auch die in der Heimat nicht untätig waren, der Geist der Situation begriffen haben und bereit sind, in alter Weise das Instrument des Gewerkschaftskampfes zu stärken und zu schärfen, auf daß nach Kriegsende daraus alle ihren Nutzen ziehen können. Vorzüglich, tastend setzen der Agitation ein, rüttelte an Verstand und Gemüt, bald zeigten sich wieder bescheidene Erfolge.

Und nun, wo es dem Winter entgegengeht, liegt es uns ob, dafür zu sorgen, daß die angefasste Flamme der Agitation höher und höher schlägt. Wir dürfen nicht erlahmen in der Vorbereitung für unsern Verband. Und ist die lange Winterzeit etwa nicht geeignet zur Agitation? Die ungenügende Witterung verhindert mehr oder weniger den Ausstieg ins Freie, die Tage werden kürzer, es kommen die trüben Sonntage und langen Winterabende. Hier aber gilt es, Zeit und Umstände zu nutzen. Wenn auch die Natur zum Winterschlaf sich anschickt — wir dürfen das nicht tun! Immer wieder müssen wir uns sagen, daß nach diesen heißen, schweißigen Zeiten doch wieder einmal der so heißersehnte Frieden sich über alle Lande ausbreiten und das dann wieder die friedliche Arbeit ihre gegenwärtige kulturfördernde Tätigkeit ausüben wird. Wenn Leben soll dann aus den Ruinen erblühen, fleißige Hände sollen im Schoß der Vernichtung wirken und aufbauen, was Völkerverhaß und Kriegsjurie zerstörten. Diesen fleißigen Händen aber, dann eine gerechte Entlohnung für Mühe und Fleiß zu verschaffen und zu sichern, dazu sind starke Gewerkschaften nötig. Starke wirtschaftliche Verbände der Arbeiter, die nicht nur möglichst günstige Arbeitsbedingungen den fleißigen Händen schaffen, sondern durch geeignete Beiträge auch das Ertragsverhältnis sichern, daß in späteren Zeiten wirtschaftlicher Mangel das mühsam Erworbene nicht wieder verloren geht. Deshalb heißt es, unsere Gewerkschaften so kräftig wie möglich zu gestalten. Der kluge Mann baut vor. Je früher, je besser, je nachhaltiger, um so erfolgversprechender.

Deshalb an die Vorbereitung für die Gewerkschaft auch im Winter! Sie wird begünstigt durch die langen Abende, die besser als sonst die gute Möglichkeit haben, den Arbeitsgenossen aufzusuchen und in erstem Meinungsaustausch unsere Zukunftsaufgaben zu besprechen. Die Winterzeit bietet besser als der Sommer Gelegenheit, die Agitation zu pflegen, daß in jede Arbeiterwohnung der von der Notwendigkeit unserer gerechten Sache überzeugte Arbeiter vorpredigen und in einfacher, aber nachdrücklicher Form hinweisen kann auf die Notwendigkeit einer möglichst gestärkten Organisation, auf die gute Saat, die frühzeitig gelegt werden muß, um gute Frucht zu ernten. Unsere Vorbereitung darf nie erlahmen, sie muß sich stets verjüngen. Durch Wort und Schrift, durch gemeinsame Besprechungen, sowohl wie durch Agitation von Mund zu Mund. Überall aufstrebend zu wirken, die heilige Einigkeit des Proletariats im wirtschaftlichen Kampfe nach diesem Kriege zu predigen, das ist und bleibt unsere erste, vornehmste Aufgabe. Ihr muß sich jeder widmen, denn die Erbe der Sprache verliert ist und der die Überzeugung in sich aufgenommen hat vom Wert der Gewerkschaft, dem unermüdeten Kämpfer für unsere großen Aufgaben, unsere hohen Zukunftsaufgaben!

Kraft heißt reden. Im gewerkschaftlichen Leben mehr denn je. Wir dürfen nicht reden. Wir müssen werden, wir unsere gute Sache. Wir müssen unsere Reden werden, sie jetzt, für die spätere Zukunft, die uns große Aufgaben jenseit. Wir müssen uns sammeln, um uns in voller Kraft mit dem Strom der Arbeitsschweren aus dem Felde vorwärts zu führen, wenn alle Glieder durch die Hände führen und mit jubelndem Klang vernehmen, das Frieden ist und das Müde Werk der Zerstörung durch gemeinsame Kulturarbeit abgetan werden soll.

Dann habe wieder mächtig durch die Lande der Ruf von der Einigkeit des Proletariats. Und wir streben dann weiter im großen Kampfe für unser Wohl, empor zu wahrer Kultur und schicklichen Glück.

Dies vorzubereiten, ist unsere Aufgabe. Darum auf zur Agitation, zur Winterarbeit! Das der Frieden ein gerüstet Heer finde in alter Treue und Einigkeit!

Dr. A. Müller und unser Kampf gegen die Wiedereinführung der Nachtarbeit im Bäckergewerbe

In Nr. 45 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 1. Oktober haben wir Dr. A. Müller einen Spalten des angeblich neuen Heftes des wissenschaftlichen Organs der Genossenschaften — wie das Blatt wiederholt von Führern des Konsumgenossenschaftsverbandes bezeichnet worden ist — darauf, um was es auf die Ausführungen in unserm Fachblatt zu bezwecken, das nicht ein fälschlicher Bericht über, sondern Dr. August Müller in höchst eigener Person es gemessen ist, der den Bericht über die Verhandlungen im Reichsländersache vom 15. September in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ nachbrachten hat. Diese Blöße vor dem Publikum war überflüssig, denn abgesehen davon, daß es unmöglich ist, zu sagen, daß kein anderer als Dr. Müller der Bericht über jene Verhandlungen im Reichsländersache vom 15. September, weil von Genossenschaftsseite niemand anders vertreten war als eben Dr. Müller.

Wir sind es nachgerade durch Verhandlungen unserer Vertreter im engen Räume mit Dr. Müller gewohnt geworden, daß er unsere bei Erörterung jeder Frage seine wissenschaftlichen Theorien fürzulegen sucht und zwar geschieht das manchmal in einer Weise, daß gewöhnlichen Sterblichen ein Särgel über solche Beschlüsse abgerungen wird — wir erinnern uns daran, wie Dr. Müller es wissenschaftlich begründete, daß eine Förderung auf Venerungsstufe seitens der Genossenschaftsangehörigen und -arbeiter in jünger Zeit in der neuen Lage unmöglich sei —, daß wir es jetzt auch dem Herrn nicht überlassen, daß er seine lange Erörterung mit recht langen wissenschaftlichen Betrachtungen einleitet. (Wenn wir hier dazu gekommen sind, aus Sitzungen zu plaudern, was sonst nicht unsere Gewohnheit ist, so nehmen wir uns das nicht übel; denn wir folgen dabei einmal ausnahmsweise dem schlechten Beispiel Dr. Müllers, der in seiner Erörterung gelegentlich mit aus internen Sitzungen berichtet, über welche sonst niemand auch nur ein Wort erwähnt hat!)

Dr. Müller bringt also zunächst eine Betrachtung über „Nachtarbeit und Wirtschaftslieben“, zu der wir kein Wort verlieren werden, denn im großen und ganzen kann man seinen Ausführungen zustimmen. Wichtig erachtet er dabei auch die Förderung des Fortschritts. „Bericht der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.“

Dr. Müller bezieht nun den Fehler des Bäckergewerbes mit unter die Gründe zu rechnen, welche aus obigen Gründen die Nachtarbeit erheischen, und mit dieser Annahme hat er vollständig danebengehoben; denn die Statistik hat jetzt neun Monate lang gelehrt, daß weder aus technischen Gründen noch aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit im Bäckergewerbe notwendig sei. Das Publikum bekommt freies Entschieden, ja oft es will (wenn leitens der Stadtverwaltungen, die nicht Einschränkungen auferlegt sind). Der Gesamtumfang der Bäckereien — im Verhältnis zur verbleibenden Bevölkerungszahl — ist nicht geringer geworden durch das Verbot der Nachtarbeit und erst recht nicht der Umfang der gewerblichen Bäckereien, ganz und gar aber nicht der Umfang der großen Genossenschaftsbetriebe. So er in einzelnen Fällen geringer geworden ist, dann höher nicht durch Fortsetzung der Nachtarbeit, sondern dadurch, daß die Bäckereien nicht mehr Nacht (das hauptsächlichste Rohmaterial) aus der Bäckerei erhalten konnten. Hieraus resultieren — und zwar durch viele Geschäftsführer von Genossenschaften und Bäckern von Bäckereien, sowie durch unzählige Jünger und Mitarbeiter — hat man sich seitens der Fachleute mit dem Namen technischen Schwierigkeiten sehr schnell abgefunden und sie abgestellt, was durch die Fortsetzung der Nachtarbeit entstanden sind.

Als die Statistik hat bewiesen, daß das Bäckergewerbe nicht zu den Verufen gehört, die unbedingt Nachtarbeit erheischen. Das sollte doch endlich einmal auch Dr. Müller verstehen.

Dr. Müller bezieht sich dann nicht eingehend auf der Stellungnahme unseres führenden Vorstandsmitgliedes zu der Frage: Bekämpfung der Nachtarbeit auf unserm Verband.

tage 1906 und gibt mit großen Behagen die Worte von Mann und Kreischer wieder, welche diese den Schlämern zur Ausrottung der Nacharbeit in jener Zeit entgegenhielten. Denn Dr. Müller schon unsere alten Verhandlungsprotokolle wissenschaftlich verarbeitet wollte, dann hätte er das einflussreichere machen sollen. Er hätte finden können, daß unser Verbandstag 1908 eine Resolution beschloffen hatte, durch welche unsere Forderungen an die Regierung festgelegt wurden, und im zweiten Teile auch die Forderungen noch mehr wurden, die wir bei unseren Lohnbewegungen stellen wollten. Und im ersten Teile dieser Resolution ist die Forderung an die Gesetzgebung festgelegt: „Reichsgesetzliches Verbot der Nacharbeit in Bäckereibetrieben“. Dagegen wandte sich niemand, das das auch keiner eine unserer Forderungen an die Gesetzgebung bleiben sollte. Aber Mann und Kreischer verstanden sich mit Erfolg darauf, daß der Schlüsselpunkt der bisherigen Resolution, soweit dieselbe unsere Forderungen bei gewerkschaftlichen Kämpfen, also bei Lohnbewegungen begrenzte, beseitigt würde, welcher lautete:

„Obgleich die Generalversammlung die Beseitigung der Nacharbeit als ebenso dringend notwendig wie die Erhöhung obiger Forderungen anerkennt, ist sie doch überzeugt, daß ein solcher Kampf erst Aussicht auf Erfolg hat, wenn diese oben angeführten Forderungen zum größten Teile durchgesetzt sind, abgesehen von Bäckereien, in denen nur Grobarbeit gebildet wird und deshalb dort die Beseitigung der Nacharbeit schon heute möglich ist.“

Dieser Absatz war zwei Jahre früher als ein Kompromiß an die Kollegen, welche da schon die Nacharbeit bei unseren Lohnkämpfen mit bekämpfen wollten, der Resolution angefügt, und in der Praxis hatte sich nur ergeben, daß in einer Stadt die Kollegen Forderungen auf Beseitigung der Nacharbeit lediglich in den Brotfabriken gestellt hatten. Hiergegen wandten sich Mann und Kreischer, wie das allerdings bei der Sache und bei der Ausprägung dieser beiden Kollegen (und auch der anderen Redner) im Protokoll wieder gegeben sind, nur für den Gegenstand klar ersichtlich ist. Beide Redner wollten vermeiden und festsetzten auch einen solchen Schritt durch, daß man also in Zukunft nicht in einzelnen Städten an einzelnen Brotfabriken die Forderung auf Beseitigung der Nacharbeit stellen sollte, wie es geschehen war, sondern sollte der letzte Absatz der Resolution des vorigen Verhandlungsabschnittes getreulich werden, wogegen die Forderung an die Regierung: Reichsgesetzliches Verbot der Nacharbeit in Bäckereibetrieben“ besteht blieb. — Und das ist etwas anderes, als es sich Dr. Müller aus dem Protokoll des Verbandstages von 1908 herleitet.

Dr. Müller führt dann als Beweis für seine Behauptung noch die Ausführungen des Kollegen Reichhold im „Kampfbuch“ vom 1. Januar 1915 an, leitet aber auch diese Ausführungen etwas anders, was nicht dem Inhalt des Protokolls entspricht, große Arbeitslosigkeit im Jahre durch die Beseitigung der Nacharbeit und bei der unabweisung abzuwenden. Nur möchte er sich gegen das plötzliche Nacharbeitensverbot der Regierung, die nach seiner Meinung eine mögliche Lebensgefahr hätte gefahren lassen. Das ist eine Forderung in Reichholds Ausführungen, aber Dr. Müller sucht das in ihrer Forderung wohl mit ab, es aber keineswegs hervorzuheben, will ihn gar nicht ein, weil er eben etwas anderes in Reichholds Ausführungen hineinlesen wollte, als was wirklich darin steht. Das kann man leicht Dr. Müller übersehen haben, das Reichhold vor allem Beginn der Behauptung Ausdruck verleiht, daß die Forderungen der Bäckereibetriebe die ganze Arbeiterbewegung werden werden müssen und keine Einzelbetriebe davon ausgenommen werden, weil nach seiner Meinung nach dem Sinne der Nacharbeit wiederholten würde.

Es kann aber etwas als bewiesen sein. Die Bäckereibetriebe haben sich ein, das es in der Praxis — und nicht nur in der Kleinbetriebe, sondern auch in den Großbetrieben — unabweisung eine Nacharbeit gibt. Sie wurden sich deshalb sehr schnell einig, das sie nach dieser guten Erfahrung nur unbedingt ein Verbot der Nacharbeit fordern wollten, dann wurden sie mehr und mehr bestärkt, als auch die Betriebsleiter in immer größerer Zahl für die bevorstehende Beseitigung der Nacharbeit stimmten.

Denn Dr. Müller hat wieder erzählt, daß nach seiner Meinung durch das Verbot der Nacharbeit eine Verkürzung des Brotes mit Sicherheit zu erwarten sei, so können wir uns demgegenüber auf die des Reichs treuhaftesten Ausführungen Manns und Kreischer hinwenden, das das nur Überbessern von Dr. Müller ist, denn die Geschäftsbetriebe sind im Grunde ein Gesamtteil der Betriebe nach so unabweisung, das sie eben gar nicht davon denken können, das Brot zu verkürzen, sondern sie werden sich nur mit etwas geringerer Heberhöhe in ihren Bäckereien begnügen müssen. Und wieder Dr. Müller eine Erklärung der Dinge, wie jetzt bei dem Verbot der Nacharbeit unser Brot lang die Geschäftsbetriebe hauptsächlich sein werden, so sind wir bereit, mit Mann und Kreischer, welche aber aus anderen Gründen aber noch mit dem Reichhold übereinstimmen. Aber das ist ja nicht, das diese Betriebe doch bei einer nur geringfügigen Lohnsenkung, trotz größerer Schwermühen als, als sie können können bei einer sechsprozentigen Senkung, trotz noch größerer Schwermühen in der Nachtverlängerung und in der Beschaffung der übrigen Rohmaterialien — als Schwermühen, die nach dem Sinne doch gar nicht unabweisung gewesen sind.

Dr. Müller dagegen, das sich Dr. Müller erlaubt, zu behaupten, daß nach dem Verbot der Nacharbeit am 1. September „unmöglich“ gewesen sei. In dem, wenn er seinen Bericht abschließend nennt, wie nach langer Zeit in der „Kampfbuch“ Reichholds „unmöglich“ gewesen sei, er sich bekennt, daß Reichhold keine Ausführungen hat, unabweisung, und die Ausführungen der Arbeiterbewegung mit dem Sinne Reichholds übereinstimmen, sondern die Ausführungen der Vertreter der Arbeiterbewegung ist ganz unabweisung. Das ist ein klarer Widerspruch, das Dr. Müller nicht sagen, das er nicht zu pa. bekennt.

Dr. Müller führt dann noch vom Standpunkt der ganzen Sache. Er sagt sich, das es gar nicht möglich ist, das man die Lohnbewegung nicht, er geht abgesehen von dem Standpunkt der ganzen Sache, und die Lohnbewegung ist, was man nicht zu pa. unabweisung abgesehen haben, was man

auch der Vertreter des Parteivorstandes bei einer internen Sitzung in dieser Sache Herrn Dr. Müller und den übrigen Genossenschaftsvertretern mit den paar Worten zu Gemüte führte: „Jede neue Arbeiterbewegung bringt für einen Teil der Arbeiterbewegung einige Unannehmlichkeiten, wenn man will, geschäftliche Schädigung. Bei der Beseitigung der Nacharbeit werden vermutlich dadurch einzelne der größten Betriebe betroffen, und die werden es überwinden können.“

Herr Dr. Müller weiß und gibt es selbst zu, das gar nicht daran zu denken ist, das ein dauerndes Verbot der Nacharbeit im Bäckereigewerbe zustande kommt, welches nach seinen Wünschen den paar Großbetrieben die Fortsetzung der Nacharbeit gestattet. Wenn er das aber weiß, weshalb hat er da in seinem Bericht über die Verhandlungen im Reichstagsgebäude notwendig, in bezug auf das Verhalten der Arbeitervertreter die lebenswichtigen Worte zu gebrauchen: „Freigewerkschaftliche, christliche, sozialistische und gelbe Arbeiterorganisationen überboten die rücksichtslossten Vertreter des zur Gemüte bekannten bäckereiwirtschaftlichen Standpunktes bei der Behauptung der von den Vertretern der Großbetriebe erhobenen Forderungen.“

Wir können nur zu seinen Gunsten annehmen, das er jetzt einzieht, damit eine ziemlich grobe Unachtsamkeit begangen zu haben, wogegen ihm keinerlei Ursache gegeben war, denn er gibt ja selbst zu, das er es versteht, das die Arbeitervertreter nicht anders verfahren konnten, als sie es getan haben. Aber diese seine Erkenntnis will der Herr nun nicht offen zugeben, deshalb hat er sieben Spalten lang um die Ecke herumgehen. Nach diesen Erfahrungen mit Dr. Müller wundern wir uns gar nicht, wenn er auch in Zukunft wieder in eitelstiller Aushaltung den Anschein zu erwecken sucht, als wollte er unsern Kampf gegen die Nacharbeit recht wissenschaftlich berücksichtigen, um dadurch nur den Grad zu vermindern, das er in dieser Frage das Karrenrad war, das angehängt hat, wogegen für ihn nach seinem eigenen Eingeständnis gar keine Ursache vorliegt.

Denn Dr. Müller hat noch die Freiheit nimmt, zu behaupten, das die Freistellung erst von Gehalts, dann von was, das er in dieser Frage mit seinem Vortreten nicht die Rücksicht vieler Verwaltungen von Konsumvereinen vertritt, „ungehörig, tollwütig und unwahr“ sei, so quittieren wir für diese neue Unachtsamkeit mit der Bemerkung, das wir nur die vernünftigen denkenden Geschäftsführer und Ausschüßmitglieder von Konsumvereinen anführen könnten, die mit in unsere Verhandlungen der Bäckereimeister und Bäckereigenossen zugegen waren und die dabei in warmer Weise dafür eingetreten sind, das sie es vom Standpunkt ihres Unternehmense aus nur begrüßen würden, wenn die Nacharbeit im Bäckereigewerbe nicht wiederkommt!

Also bitte, Herr Dr. Müller, nicht immer gleich mit dieser Kränkelerei um sich werfen, denn damit bahnt man sicher keine Verständigung an!

Der Verbandsvorstand.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission zu Dr. Müllers Sozialpolitik.

Unter der Signatur Das Nacharbeitensverbot der Bäckerei und die „Konsumgenossenschaftliche Handlung“ macht das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ folgende Ausführungen, denen wir wenig anzusetzen brauchen: „Der Krieg hat eine eine kapitalistische Forderung der Bäckereiarbeiter der Gründung näher gebracht, das Nacharbeitensverbot. Es ist an dieser Stelle nicht nötig, noch einmal die Notwendigkeit zu betonen, die für die Beseitigung dieser Forderung vorliegt. Solange es eine moderne Arbeiterbewegung gibt, hat sie sich gegen die Nacharbeit mit aller Geschäftsbereitschaft gewendet und diese nur dort zulassen wollen, wo sie im Interesse der Allgemeinheit sich als notwendig erweisen. Man kann selbstverständlich nicht fordern, das die Schärfe auf dem Meere über die Gültigkeit der Forderung anhalten müssen, weil eine bestimmte Nacharbeit notwendig ist. Die gewerkschaftlichen und landwirtschaftlichen Organisationen im öffentlichen Dienste sind auch in der Nacht notwendig. Auch gewisse industrielle Betriebe gibt es, die der Art des Betriebes wegen ununterbrochen arbeiten müssen, wie Hochöfen und dergleichen. Aber überall dort, wo solche Ausnahmen nicht erforderlich sind, ist die Beseitigung der Nacharbeit eine Forderung, die durchsich im allgemeinen Interesse des Volkswohls liegt und deren Erfüllung in jedem einzelnen Falle einer Kulturart gleichkommt.“

Der erste solcher Satz stehen wir augenblicklich in Deutschland hinsichtlich der Nacharbeit in den Bäckereien. Die Bäckereimeister hatten diese Forderung der Bäckereiarbeiter bisher damit abgelehnt, das die Nacharbeit im Bäckereigewerbe im allgemeinen Volkswohls liege, weil das Frühlingsfest nicht aus dem Brot gebildet werden kann. Sie geben also einen neuen Grund gegen die Beseitigung der Nacharbeit an, die von einem sozialpolitischen als nichtig angesehen werden: das Interesse des Volkswohls. Die Bäckereimeister betonen die Wichtigkeit dieses Arguments, aber sie konnten bei dem geschätzten Historien sein Gebirg haben, weil den Bäckereimeistern mehr geglaubt wurde als ihnen. Sie wählten daher ihre Kraft auf die Verklärung der Arbeitslosigkeit konzentrierten, und die Einführung der gewerkschaftlichen Brotzubereitung in großen, mit allen technischen Einrichtungen ausgestatteten, logistisch einwandfreien und kostengünstigen Betrieben wurde für sie eine wertvolle Stütze in diesem schweren Kampf. In diesen Großbetrieben wurde die höchste Arbeitsbeschäftigung durchgeführt, was natürlich ein großer Fortschritt gegenüber der unzureichend langen Nacharbeit in kleinen Kleinbetrieben war. Mit diesen Großbetrieben wurde auch jetzt eine tarifvertragliche Regelung der Arbeitsbeschäftigung im Bäckereigewerbe zuwege gebracht. Im Hinblick auf die Lage aus der Forderung an die Verhandlung, die Beseitigung der Nacharbeit in diesen Tarifverträgen durchzuführen. Das mußten die Verhandlungsgegner selbstverständlich ablehnen, weil es im höchsten Grade Unmögliches wäre, die Konsumvereine der Arbeiter in diesem Punkte schlechter zu stellen als die kleinen Kleinbetriebe. Die Wichtigkeit des Großbetriebs im Bäckereigewerbe liegt auf technischen Gebieten, sie wäre bekannt, wenn das Kleinbetriebe der ununterbrochenen Betrieb gestoppt, das gewerkschaftlichen Großbetriebe aber vollständig unterjocht würde.

Durch den Krieg haben wir nun zwecks Streckung der Mehlmengen das Nacharbeitensverbot bekommen. Und das hat sich herausgestellt, das die Verfassung der Bäckereiarbeiter von der Unelastizität der Nacharbeit mit Rücksicht auf die Volksernährung durchaus zu treffen ist. Selbst die Bäckereimeister haben das eingesehen und fordern jetzt von der Regierung, das das Nacharbeitensverbot auch nach dem Kriege beibehalten bleibt. Die Reichsregierung ist auch bereit, der gemeinsamen Forderung von Bäckereiarbeitern und Bäckereimeistern entgegenzukommen, und Verhandlungen haben bereits stattgefunden, um eine Grundlage für die künftige Regelung zu finden.

Bei diesen Verhandlungen stellte sich die bestrebende Tatsache heraus, das der Vertreter der Konsumvereine bis alle vergibt die Fahne der Bäckereimeister erhob, die von der übergroßen Mehrheit der Privatbäckereien in die Kammer geworfen war. In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ steht Dr. August Müller den Widerstand gegen die Beseitigung der Nacharbeit in den Großbetrieben fort. Er fordert für Bäckereien mit kontinuierlichem Betrieb in drei Schichten zu je acht Stunden die Aufnahme vom Nacharbeitensverbot, das also nach ihm nur für den Kleinbetrieb gelten soll. Der Entwurf der Regierung, das die Großbetriebe eine zweimalige achtstündige Arbeitszeit vorzusammen also 16 Stunden, während für die übrigen Betriebe eine fünfzehnstündige Betriebszeit gelten sollte. Dieses Entgegenkommen genügt Dr. Müller nicht, sondern er fordert die Zulassung des ununterbrochenen Betriebes bei achtstündiger Arbeitszeit und wägt damit der ganzen Reform einen Stein in den Weg.

Glücklicherweise sind seine Argumente so unsozial und wenig stichhaltig, das die Reichsregierung sie offensichtlich negieren wird. Die von den Privatbäckereimeistern früher angeführte Wichtigkeit des Volkswohls hat Müller fallen lassen und dafür den engstirnigen kapitalistischen Unternehmerstandpunkt hervorgekehrt. Die Beseitigung der Nacharbeit im Grobbetrieb würde das Brot verteuern, sagt er, also die Preisstabilität des Betriebes ist gefährdet und eine Abwälzung auf die Konsumenten unumgänglich. Um diesem Standpunkt ein soziales Mantelchen umzuhängen, stellt Müller die Behauptung auf, das bisher der Brotpreis durch die Produktionskosten der Großbetriebe bestimmt wäre. Für diese Behauptung fehlt jeglicher Beweis. Einstweilen ist in der deutschen Brotproduktion der Kleinbetrieb noch überwiegend, und zwar beständige dieser im Jahre 1913 84.981 Personen gegen 41.640 in den Großbetrieben beschäftigt. Dabei ist der Begriff „Grobbetrieb“ schon an die Beschäftigung von 10 Arbeitern oder Verwendung motorischer Kraft geknüpft. Von diesen in der Mehrzahl also recht kleinen Betrieben werden weniger mit achtstündiger Arbeitszeit und durcharbeitendem Betrieb vorhanden sein. Der neue Genossenschaftstaxi war nach dem Jahrbuch des Bäckereiverbandes für 1914 nur von 27 Betrieben mit 1508 Arbeitern bei über 3000 Arbeitern in Genossenschaftsbäckereien insgesamt anerkannt, im Verhältnis zu den 128.601 im Bäckereigewerbe beschäftigten Personen, also ein verschwindende Zahl. Der Grobbetrieb hat sich in den letzten Jahren gewiß recht schnell entwickelt, ihm allein aber die Bestimmung der Brotpreise zuzuschreiben, das geht entschieden zu weit. Uebrigens steht das in völligen Widerspruch zu den von den Genossenschaftsvertretern bei Tarifverhandlungen über Forderungen der Arbeiter oft genug angeführten Ablehnungsgründen, wonach eine Erhöhung der Löhne die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem privaten Kleinbetriebe gefährden würde. Dr. Müller wird daher kaum auf allgemeine Zustimmung, selbst in Genossenschaftskreisen rechnen können.

Außerdem ist der Standpunkt Dr. Müllers auch in einem anderen Punkte unbegründet. Die Leistungsfähigkeit des Grobbetriebes beruht nicht ohne weiteres auf der dreifachen Arbeitsbeschäftigung (Ende 1913 war die achtundvierzigstündige Arbeitswoche nur in 55 Betrieben mit 2215 Arbeitern durchgeführt), sondern in seiner technischen Überlegenheit. Der Grobbetrieb mit seiner Ausnutzung aller technischen Errungenschaften wird selbstverständlich auch bei sechzehnstündiger Betriebszeit eine relativ unabsolut ganz andere Brotmenge herstellen als der primitivere Kleinbetrieb in 15 Stunden. Die Konkurrenzfähigkeit des Grobbetriebes steht also gar nicht in Frage. Ihn vom Nacharbeitensverbot auszunehmen, ist daher um so weniger motiviert, als dadurch die ganze kulturelle wichtige Reform gefährdet wird. Die Argumentation Dr. Müllers läuft in seiner Konsequenz schließlich darauf hinaus, das Nacharbeitensverbot für alle Produktionszweige abzulehnen, in denen die Maschinentchnik eine größere Bedeutung erlangt hat. Ein solcher Standpunkt wäre der eines Vertreters des Zentralverbandes deutscher Industrieller, und das will die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ doch nicht sein, wie er bestrebt.

In einer Polemik gegen den Buchdrucker, Correspondent der die Stellungnahme Dr. Müllers kritisiert hatte, wendete dieser ein, das die Buchdrucker doch die Nacharbeit haben und nichts für deren Abschaffung tun, daher auch nicht zu reden sollen. Dieser hochmütige Ton ist wirklich nicht zu Mache. Die Buchdrucker haben die Nacharbeit lediglich in Zeitungsbetrieben. Ob die Morgenzeitungen notwendig sind, darüber wollen wir mit Dr. Müller nicht diskutieren. Wohl aber sollte er sich den § 8 einschließlich § 6 des Buchdruckerarbeitsgesetzes etwas näher ansehen. Darin wird die Lohnzuschlag pro Stunde Nacharbeit auf 40 bis 50 % nach dem Orte festgesetzt, und bei regelmäßiger Nacharbeit oder bei Nacharbeit von mindestens einer Woche ist ein Zuschlag von 25 bis 33 % auf den tariflichen Wochenlohn zu zahlen. Solche Zuschläge würden wahrscheinlich nicht den Einkünften der Brotvertrieb der Großbetriebe bleiben. Über die Stellungnahme Dr. Müllers zu dieser wichtigen Frage haben wir sehr bedauerlich. Eine jahrelange Forderung der Arbeiter, ein bedeutender Kulturfortschritt steht nun der Verwirklichung. Das in diesem Augenblick ausgerechnet der Leiter der Konsumgenossenschaftlichen „Rundschau“ auf das verlassene Nebenamt der einflussreichen Bäckereimeister sagt, es für jeden Freund des sozialen Fortschritts als andere, nur nicht erhebt.

Es wagt das „Correspondenzblatt“ eine unabweisung Abweisung in der Frage der Berufslohn von denen, die wir nicht gebracht haben, beruht nur auf einer unabweisung Umgruppierung der Berufsangehörigen. Aber etwas anderes wollten wir nach ausdrücklich hervorheben, was das „

sondenblatt" unerwähnt gelassen hat. Es spricht von einer fünfzehntägigen Arbeitszeit in den Kleinbetrieben. Nach dem Regierungsentwurf für das Verbot der Nachtarbeit wäre sie allerdings möglich, und dies ist von Dr. Müller auch gleich mit großer Eifer als eine Waffe gegen die Forderungen der Bäckereiarbeiter aufgegriffen worden. Die Kleinbetriebe sollen mit dieser fünfzehntägigen Arbeitszeit die nur acht Stunden arbeitenden Großbetriebe niederknüppeln können. Das "Correspondenzblatt" wird natürlich ebensowenig wie der Zentralverband der Bäcker und Konditoren und überhaupt ein simpler Bäckereiarbeiter annehmen, daß eine solche Verschlechterung der jetzigen Arbeitszeit hingenommen würde und irgendwo ersichtlich in Frage kommen könnte. — So etwas glaubt nur Dr. Müller. Er sagt es wenigstens.

Die Kartoffelversorgung

Von Robert Schmidt (Berlin), Mitglied des Reichstags.
Bei den hohen Preisen für alle Bedarfsartikel im Haushalt hat in diesem Jahre der Preis für die Kartoffeln eine noch größere Bedeutung als im Vorjahre. Wir sind zwar nach dem übereinstimmenden Urteil aus landwirtschaftlichen Kreisen in der glücklichen Lage, eine sehr günstige Ernte zu verzeichnen zu können, die uns die Versorgung mit genügenden Kartoffelmengen nicht erschwert. Allerdings können wir nicht überblicken, welche hohen Ansprüche die Landwirtschaft heute an den Kartoffelbedarf für Futtermittel stellt, denn in diesem Jahre sieht es mit den Futtermitteln noch ungünstiger aus als im Vorjahre.

Aber selbst wenn wir die genügenden Mengen Kartoffeln zur Verfügung haben, bleibt für die ärmere Bevölkerung die sehr wichtige Frage, ob die Kartoffel zu einem erträglichen Preise zu erlangen ist. Das scheint uns nach der bisherigen Lage des Kartoffelmarktes schon unsicher zu sein. Preise für Kartoffeln von M. 3 bis 4,50 der Zentner müssen in gegenwärtiger Zeit als außerordentlich hoch bezeichnet werden. Und leider haben wir in einigen Bezirken, wo die Bevölkerung die Gewohnheit hat, sich stark für den Winter einzudecken, schon eine Preissteigerung über die hier genannten Beträge. Das ist nun gesehen, um diese Kalamität zu beseitigen? Die Regierung hat die Gründung einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft soll einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann. Ebenfalls die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat schon vor längerer Zeit wieder die Forderung erhoben, Höchstpreise festzusetzen. Er verlangte einen Höchstpreis von M. 2,50 für den Produzenten pro Zentner und hat diesen Preis damit begründet, daß nach seiner Information der reine Produzentenpreis M. 1,25 beträgt. Hierzu wäre der Betriebsgewinn und eine Erhöhung der Produktionskosten in Ansatz zu bringen, so daß ein Preis von M. 2,50 als reichlicher Zuschlag erscheint. Zu diesem Preise sind heute keine Kartoffeln zu haben, aber ein höherer Anspruch würde nur eine Ausnutzung der Notlage bedeuten, in der sich ein großer Teil der Bevölkerung befindet. Bei einer Preislage von M. 2,50 für den Produzenten muß man mit einem Zuschlag von 70 % für den Großhandel rechnen. Dieser Großhandel vollzieht sich, soweit der Bedarf für die Großstadt in Frage kommt, in der Regel folgendermaßen: Durch einen Kommissionär werden die Abchlüsse mit den Landwirten gemacht, und dieser Kommissionär vermittelt dann seine Ware an den Großhändler der Stadt. Man kann in der Regel dafür folgende Spesen pro Zentner aufstellen:

Provision für den Kommissionär	10 %
Fracht bis zur Lokstation der Großstadt	25
Verpackung, Ausladen und Einsacken	5
Schwind	5
Abzug zum Kleinhändler	15
Verdienst	10
In Summa	70 %

An diesen Beträgen wird man billigerweise nichts ändern können, im Gegenteil, sie werden in einigen Fällen eine Erhöhung erfahren müssen, weil unvorhergesehener Verlust und Erhöhungen im Transport eintreten können. Für den Kleinhandel kann man 60 % Zuschlag berechnen, so daß man zu einem Gesamtpreis von M. 3,80 im Minimum kommt. Das wäre ein Preis, der bei den dürftigen Einkommensverhältnissen — besonders unsere Kriegerfrauen — noch reichlich hoch wäre.

Bedauerlich ist aber, daß die hohe Preislage für Kartoffeln stark beeinflusst wird durch die Stärkfabriken, die Kartoffeln zu hohen Preisen kaufen. Die Regierung hat für Kartoffelmehl und Kartoffelmehlmehl Höchstpreise festgesetzt, die außerordentlich hoch sind. Wir haben gegenwärtig durch Bundesratsverordnung einen Höchstpreis für Kartoffelmehl mit den Doppelzentner von M. 48,30 bis M. 50,80. Das Unbeherrliche dieser Preislage wird uns klar, wenn wir berücksichtigen, daß von der Kriegsgesellschaft Weizenmehl mit M. 38,75 für August geliefert wurde. In normalen Zeiten hat natürlich der Preis für Kartoffelmehl schon wegen seiner Minderwertigkeit erheblich unter dem Preis für Weizenmehl gestanden. Es wird mithin durch diese Preispolitik der Regierung den Stärkfabriken ein Nutzen zugeführt, der so ziemlich alles übersteigt, was wir in Kriegszustand im Wirtschaftsbetriebe gewohnt sind. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß vom 1. November ab der Preis für Kartoffelmehl auf M. 41,30 bis M. 42,80 herabgesetzt wird. Aber auch das ist noch ein Preis, der sich im Hinblick auf die Preise von Kartoffeln nicht rechtfertigen läßt. Indes gibt diese unbillige Preislage den Fabriken die Möglichkeit, für Kartoffeln verhältnismäßig hohe Preise anzulegen und damit die Kartoffeln in die Höhe zu treiben.

Sonderbar, während die Regierung für Kartoffelmehl generell die Höchstpreise reguliert, hat sie eine starke Abmilderung für Kartoffeln Höchstpreise festzusetzen. Die Kreuzung hat gegen Höchstpreise den Einspruch erhoben, daß sie schließlich diese Höchstpreispolitik für die Kartoffeln vollständig verlegt hätte und der Regierung einen Verlust von Millionen eingebracht habe. Das ist leider richtig, de-

rechtigt aber nicht zu einer Ablehnung der Höchstpreise. Der Verlust der Regierung entstand dadurch, daß man im April einen Höchstpreis festsetzte, der in einem Turnus von 14 zu 14 Tagen eine Preissteigerung von 50 % für den Zentner Kartoffeln normierte, so daß man bei dieser Steigerung bis Ende Juli zu einem Preise von M. 8,50 gekommen wäre. Großhandel und Konsumenten haben damals die Regierung gewarnt, diesen Schritt zu unternehmen, weil diese Aussicht auf höhere Preise sofort eine Zurückhaltung der Bestände herbeiführen könnte, um in Verbindung mit der Spekulation den höchsten Preis herauszuholen. Wenn dabei die Reichseinkaufsstelle für Kartoffeln Abschlüsse zu diesen hohen Preisen gemacht hat, nachher aber die Ware nicht verwerten konnte, weil der Zusammenbruch dieser Spekulation kam, so ist das nur ein Beweis dafür, daß solche unftunigen Höchstpreise mit fortgesetzten Steigerungen allerdings nur schädlich für den Konsumenten wie für die Finanzverwaltung des Reiches sind.

Ein dauernd festgesetzter mäßiger Höchstpreis wird die Spekulation und Unsicherheit des Marktes aufheben, den Konsumenten wenigstens dieses Nahrungsmittel sicherstellen und den Landwirten keinen Schaden zufügen, wenn ein Höchstpreis gewährt wird, der reichlich die Produktionskosten deckt. Vor allem muß diese Preisfestsetzung aber eine einheitliche für das ganze Reich sein. Die Preisfestsetzungen der einzelnen Gemeinden können uns nicht helfen, weil sie nur eine Unordnung in der ganzen Marktlage herbeiführen. Wollen wir also eine unserer wichtigsten Nahrungsmittel für die Bevölkerung für die menschliche Ernährung zu mäßigen Preisen sicherstellen, so müssen wir Höchstpreise zur Sicherheit gegen Spekulation und Uebervorteilung der Konsumenten verlangen.

Eine Ausstellung

von Arbeitshilfen für Verfümmelte

Die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg wird demnächst durch eine Sonderausstellung von Arbeitshilfen (Prothesen) in den Dienst der Kriegsbeschädigtenfürsorge gestellt werden. Um solchen Kriegsbeschädigten, die gewisse Glieder verloren haben, die Ausübung ihres alten oder eines ähnlichen Berufes zu ermöglichen, ist es notwendig, dem besonderen Zwecke angepaßte Ersatzglieder zu schaffen. Das diese Aufgabe eine schwere ist, braucht kaum betont zu werden. Aber in Deutschland sind dafür schon bedeutungsvolle Vorarbeiten gemacht worden, die insbesondere der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge zu danken sind. In einer Reihe von Bezirken sind dabei schon seit Jahren Krüppel beschäftigt, die nur mit Hilfe solcher besonders konstruierter Ersatzglieder ihren Beruf ausüben vermögen. Darunter sind nicht nur Personen, die als Krüppel geboren oder durch Krankheiten oder Unfälle in der Kindheit verkrüppelt wurden, sondern in vielen Fällen handelt es sich um durch Verwundungen verletzte Arbeiter.

Für die Sonderausstellung in der Charlottenburger Reichsanstalt ist es nun zweifellos von größtem Werte, wenn alle bisherigen Erfahrungen mit solchen Ersatzgliedern der Sache dienstbar gemacht werden können. Denn die Ausstellung soll nicht nur darstellen, was schon vorhanden ist, sondern ihr größter Zweck wird sein, Anregungen für weiteres Schaffen auf diesem jetzt infolge des Krieges so wichtig gewordenen Gebiete zu geben. Was hier in erster Linie zunächst den Kriegsbeschädigten zugute kommen soll, wird für alle im Dienste der Berufsarbeit Verfümmelten einen dauernden Wert erhalten. Es ist aus allen diesen Gründen notwendig, daß die Arbeiterklasse selbst der Ausstellung das größte Interesse entgegenbringt und sich an den Vorarbeiten ernsthaft beteiligt.

Das kann dadurch geschehen, daß der Verwaltung der Ausstellung, Herrn Geheimen Oberregierungsrat Dr. Henmann, Charlottenburg, Frauhoferstr. 11/12, die Adressen solcher Personen mitgeteilt werden, die Ersatzglieder, Arbeitshilfen, oder andere ähnlichen Zwecken dienende Einrichtungen bei ihrer Berufsarbeit benutzen. Diese Einrichtungen und Arbeitshilfen würden dann von Sachkundigen in Augenschein genommen werden. Eine Nachbildung oder gute Abbildung würde dann in vielen Fällen für die Zwecke der Ausstellung nützlich sein und vielfach die Anregung zu verbesserten Konstruktionen geben.

Der vorläufige Arbeitsplan der Ausstellung lautet:

- Die Ausstellung gliedert sich in:
 - I. eine allgemeine Abteilung,
 - II. Abteilungen für die einzelnen Berufe.
- In allen Abteilungen werden ausgestellt:
 - 1. Die persönliche Ausrüstung der Invaliden mit Gehelfgliedern, dauernden Ersatzgliedern, Arbeitsanfahrtsrüden und Arbeitshilfen.
 - 2. Vorrichtungen, welche dazu bestimmt sind, die Bedienung von Werkzeugen, Geräten, Maschinen und Apparaten durch Invaliden zu ermöglichen oder zu erleichtern.
 - 3. Einrichtungen von Werkstätten für die Berufsausbildung von Invaliden.
 - 4. Ausbildungsgänge.
 - 5. Uebersicht über die gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiten, die von Invaliden bereits ausgeführt werden oder ausgeführt werden können.
 - 6. Literatur über die Organisation und Durchführung der Invalidenfürsorge, insbesondere technische Maßnahmen und Einrichtungen.

Die unter I und 3 bezeichneten Einrichtungen werden möglichst in arbeitsmäßiger Ausführung, anderwärts in Modellen, Plänen, Konstruktionszeichnungen, Photographien und dergleichen vorgeführt.

Den Invaliden selbst sowie den an der Kriegsbeschädigtenfürsorge beteiligten Kreisen wird Gelegenheit gegeben werden, in den von der Ausstellung dafür eingerichteten Werkstätten oder auf dem Ausstellungsgelände die Verwendung der verschiedenen Arten von Arbeitshilfen bei der Berufsarbeit zu sehen und zu versuchen.

Außerdem ist in Aussicht genommen, durch Vorträge mit Lichtbildern oder kinematographischen Aufnahmen die Benutzung der ausgestellten Gegenstände zu erläutern.

In Verbindung mit der Ausstellung wird eine Auskunftsstelle eingerichtet werden, die mit Hilfe einer Kartei und kurz gefaßter, mit Abbildungen versehener Beschreibungen Auskunft über die ausgestellten Gegenstände und was damit zusammenhängt, erteilt.

Der Zweck der Ausstellung ist so wichtig, daß eine Beteiligung in gewissem Sinne im Interesse der Arbeiter dringend geboten ist. Jeder verfümmelte Arbeiter, der für seine Berufsarbeit derartige Ersatzglieder bereits verwendet, sollte sich daher sofort mit der obigen Adresse in Verbindung setzen.

Gegen den Lebensmittelwucher

hat dieser Tage die Generalkommission der Gewerkschaften gemeinsam mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei nochmals eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet und unter Anführung der empörenden Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt energisches Vorgehen gegen die gewissenlosen Preistreiber gefordert. Es wird darauf hingewiesen, daß die Antwort auf frühere ähnliche Eingaben zwar die Ablicht haben erkennen lassen, die schwierige Lage der unbemittelten Bevölkerung zu mildern, daß die bisher ergriffenen Maßnahmen aber nicht geeignet waren, dieses Ziel zu erreichen. Die Eingabe bringt darüber den bündigen Nachweis und sagt zum Schluß:

„Wir betonen noch einmal, daß die Preissteigerung, die uns die einheimische Landwirtschaft auferlegt, unsere Volksernährung in ernste Gefahr bringt. Das zu verhindern, verlangen wir, und wir bitten, daß die Regierung auch dann keine Bedenken aufkommen läßt, wenn sich ihre Maßnahmen gegen eine starke politische Interessengruppe im Reiche richten. Das Wohl des gesamten Volkes erfordert, daß wir zu erträglichen Zuständen in der Lebensmittelversorgung kommen.“ Die empörende Preistreiber, der die Volksmassen wehrlos überantwortet worden sind, schreit wirklich zum Himmel und hat nun auch andere Kreise als die Arbeiterschaft rebellisch gemacht. Wenn die Regierung mit ihren halbwegs Maßnahmen, die den Preis immer wacher sollen, ohne ihn naß zu machen, nicht bald durchgreifende folgen läßt und den unerhörten Spekulationen in Nahrungsmitteln nicht den Hals umdreht, erwachen der Volksernährung die größten Gefahren.

Verbandsnachrichten

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes

Quittung

Vom 11. bis zum 16. Oktober gingen bei der Hauptkassa des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für September: Lüneburg M. 25,20, Elberfeld 245,12, Mainz 107,42, Lübeck 176,70, Jitau 24,30, Bremerhaven 88,39, Leipzig 988,61, Braunschweig 110,53, Bielefeld 8,80, Hannover 489,08, Herford 286,70, Länderscheid 17, Greifeld 26,26, Hof a. d. E. 11, Osnabrück 26,30, Zeitz 154,91, Düsseldorf 111,14, Brandenburg 57,88, Altenburg 37,59, Lomberg v. d. H. 25,39, Gießen 26,10, Remscheid 41,15, Uerteren-Ginsborn 19,75, Hildesheim 9,42, Sonneberg 44,87, Darmstadt 20,70, Coburg 7,80, Regensburg 122,91, Gotha 83,86, Langermünde 12,55, Bielefeld 198,79, Mühlhausen i. G. 29,50, Apolda 27,07, Grimmitzschau 35,78, Stuttgart 283,61, Straßburg 94,28, Limbach 38,14, Chemnitz 328,99, Breslau 253,80, Rosenheim 56, Garburg 85,09, Bad Reichenhall 21,15, Solingen 58,53, Frankfurt a. M. 604,76, Jümmenau 29,30, Rottund 45,15, Plauen i. V. 32,30, Jüdicau 47,35, Weiswasser 29,01, Sagan-Sorau 34,60, Kiel 296,40, Rützingen 75,75, Erfurt 80,32, Duisburg 69,88.

Für August und September: Göttingen M. 29,10, Fürst Honnemanns und Annonsen: Fortschritt-Altona M. 4, Berlin 45,90, Herford 4,80, Straßburg 3,90, R. Düsseldorf 3, Invalidendank-Berlin 315,90.

Für Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung: Gotha M. 3.

Der Hauptkassier C. Freitag.

Sterbetafel

Berlin. Hermann Rauch, Bäcker, 34 Jahre alt, gestorben am 22. September.
Dresden. Martha Hermann, gestorben am 9. Oktober.

Kriegsverluste des Verbandes

- Bezirk Berlin.** Friedrich Limmer, Bäcker, 27 Jahre alt, gefallen. Otto Sieber, Bäcker, 28 Jahre alt, gefallen. Fritz Seidel, Bäcker, 39 Jahre alt, gefallen.
- Bezirk Bremen.** Gustav Bulling, (Bremerhaven) gefallen.
- Bezirk Göttingen a. Rh.** Stephan Wichmann, gefallen am 29. September im Westen.
- Bezirk Dresden.** Paul Maiwald, gefallen am 26. September im Westen.
- Bezirk Leipzig.** Max Oelschig, 23 Jahre alt, gefallen am 25. September im Westen.

Ehre ihrem Andenken!

Sozialpolitisches

Bei der Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse wurden bis zum 19. Oktober für 39.575 Kriegsteilnehmer 57.774 Anteilsscheine zu je M. 5 gelöst und für M. 288.870 eingezahlt, die für die Angehörigen der im Kriege fallenden oder an den Folgen des Krieges sterbenden Versicherer bereitgestellt werden. — In den Millionen Arbeitern, die jetzt auf den verschiedenen Kriegseinsparnissen tagtäglich ihr Leben in die Schanzen schlagen, steht diese Zahl der Versicherten in keinem richtigen Verhältnis. Jedem Tausende von Familien, die bis heute diese Versicherungsverpflichtung nicht beachtet haben, werden beim eintretenden Todesfall bedauern, daß sie nicht für sich gesorgt haben. Für jeden M. 5 lösenden Anteilsschein dürfte nach dem Krieg ein Betrag von nicht unter M. 100 zur Auszahlung gebracht werden, und für jeden Kriegsteilnehmer können bis zu 20 Anteilsscheine gelöst werden.

Allgemeine Nachrichten

Die preussische Verordnung über Einschränkung des Milchverbrauchs steht nach Mitteilungen der Landesregierung unmittelbar bevor...

- 1. Das Verbot des Inverkehrbringens von Sahne, abgesehen der Vertriebs von Sahne zur Herstellung von Butter. 2. Das Verbot der Verwendung von Milch und Sahne zur Herstellung von Schokolade, Bonbons, Pralinen usw.

Die Deutsche, besonders der Inveschlich immer arbeitende, war immer ein Land der Brotesser. Es wurde früher der Brotgetreideverbrauch bei jeder volkswirtschaftlichen Untersuchung...

eine Konferenz von Sachverständigen aus den Reihen der Konsumgenossenschaften statt, die sich mit der Volksernährung im Kriege beschäftigte. Vom Reichsamt des Innern waren die Herren Minister Geheimrat Oberregierungsrat Präsident Dr. Koss...

Wünsche der Konsumgenossenschaften bei der Regelung der Lebensmittelversorgung. In dem Sinne der Konsumgenossenschaften für Lebensmittelversorgung...

Streufrucht

Von der neuen Zeit ist bekannt das 2. Heft von 1. Band der Streufrucht erschienen. Das 2. Heft des 1. Bandes...

Genossenschaftliches

Die Genossenschaftliche Bewegung hat in der letzten Zeit eine bedeutende Entwicklung genommen. Die Genossenschaftliche Bewegung...

Bilder: Ferdinand und Juliana. — Auch ein Standbild. — Die Unfähigkeit in den oberen Regionen nimmt zu. — Die Frau Grete Schumann die Reichsfuttermittellieferante vorstellt...

Spätkaus am 23. Oktober ist der 14. Wochenbeitrag für 1915 (24. bis 30. Oktober) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen

- Mittwoch, 27. Oktober: Hamburg: Im Gewerkschaftshaus. Donnerstag, 28. Oktober: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 38. Freitag, 31. Oktober: Kämpfungen Willehmsstr. bei Buddenberg, Petersstr. 56, Kämpfungen 1.

Amzeigen

Kriegsopfer! Friedrich Limmer, 27 Jahre alt. Otto Sieber, 28 Jahre alt. Fritz Seidel, 28 Jahre alt. Ehren ihrem Andenken! Verwalt. Berlin.

Als Opfer des Weltkrieges Gustav Bulling, 28 Jahre alt. Ehren ihrem Andenken! Verwalt. Bremerhaven.

Madrus. Hermann Rauch, 34 Jahre alt, am 22. September dieses Jahres im Krankenhaus gestorben. Ehren seinem Andenken! Verwalt. Berlin.

Backpulver. In 1/2 Pfund Packung, 100 Stk 75. — 2 Pfund, 50 Stk 75. — 5 Pfund, 10 Stk 75. — 10 Pfund, 5 Stk 75. — 20 Pfund, 2 Stk 75. — 50 Pfund, 1 Stk 75. — 100 Pfund, 1 Stk 75. — 200 Pfund, 1 Stk 75. — 500 Pfund, 1 Stk 75. — 1000 Pfund, 1 Stk 75. — 2000 Pfund, 1 Stk 75. — 5000 Pfund, 1 Stk 75. — 10000 Pfund, 1 Stk 75. — 20000 Pfund, 1 Stk 75. — 50000 Pfund, 1 Stk 75. — 100000 Pfund, 1 Stk 75. — 200000 Pfund, 1 Stk 75. — 500000 Pfund, 1 Stk 75. — 1000000 Pfund, 1 Stk 75.

Backpulver. Hervorragende Frischkraft, erstklassige Güte pro Pfund 60 +. Ei-Pulver, unter Zusatz von echtem Hühner-Eiweiß hergestellt, 3 Gramm entsprechen einem Hühner-Ei pro Pfund 1.75. Probe-Paket, bestehend aus 6 Pfund Backpulver und 1 Pfund Ei-Ersatz, franko 1.75. Moreau & Co. Berlin S 30, Kottbuser Damm 2.